Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Penkuhn, Glandorf, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Sulz, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 73 — Mittwoch, den 22. Juni 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

2. Nachtrag zur Ordnung über den Fremdenverkehr in der Stadt Naunhof.

I.

§ 1 Absatz 2 (in der Fassung des 1. Nachtrags) wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Dieser Beitrag beträgt für jede über 15 Jahre alte Person 10 Mk. und für jedes Kind vom erfüllten 6. bis zum erfüllten 15. Lebensjahre 5 Mk. Kinder unter 6 Jahren sowie Dienstboten sind abgabenfrei. Bei den in einem Erholungsheime, einem Pensionate oder einer Anstalt untergebrachten Personen ist für jede einzelne Person der Beitrag von drei Mark zu zahlen.

II.

Dieser unter Zustimmung des Stadtgemeinderats erlassene Nachtrag tritt mit seiner Bekanntmachung in Kraft.

Naunhof, am 20. Juni 1921. **Der Bürgermeister.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Wirth hielt in Essen eine Rede, in der er die Opferwilligkeit aller Bevölkerungsschichten für den Wiederaufbau forderte.
* In London soll man entschlossen sein, das Industriegebiet Oberschlesien bei Deutschland zu belassen und Polen durch Wilna abzufinden.
* Das ehemalige deutsche Unterseeboot „U 111", jetzt in amerikanischem Besitz, ist bei Cap Henry gesunken.
* Lenin soll sich geäußert haben, die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung für Rußland sei notwendig.
* Japanische Streitkräfte haben die Stadt Nikolajewsk und andere Punkte in Ostsibirien besetzt.

Verständigungen?

Seit drei Tagen tagt im Reichsfinanzministerium zu Berlin die interalliierte Garantiekommission, jene Kommission, die festzustellen hat, welche Einnahmen des Reiches der deutschen Entschädigungszahlung dienstbar gemacht werden sollen. Es ist in der Tat — das erwähnte auch der Reichskanzler in seiner Essener Rede — ein Ereignis, was von der Öffentlichkeit kaum bemerkt worden ist und doch über Wohl und Wehe Deutschlands auf Jahre hinaus entscheiden kann. Denn diese Kommission hat Einspruchsrechte in die deutsche Finanzverwaltung. Jene Brüsseler Konferenz der Finanzsachverständigen, die unter der Regierung Fehrenbachs stattfand, brachte eine scharfe Kritik der Ententefinanzleute über das deutsche Steuersystem. War aber diese Kritik damals eine Art Privatarbeit und hatte keine unmittelbaren Folgen für Deutschland, so reichen die Machtbefugnisse der Garantiekommission aus, alle Veränderungen des Steuersystems, die damals vorgeschlagen waren, auch durchzusetzen. Und wie auf die Einnahmen des Reiches, so hat sie auch auf die Ausgaben maßgebenden Einfluß. Sie kann Einschränkung der Ausgabeposten aller Ministerien verlangen und Abstriche an den vom Reichstag bewilligten Geldmitteln vornehmen, um diese Geldmittel dann dem Reparationskonto zuzuführen.

Eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die auf internationalem, nicht nur deutschem Gebiet liegt, wird auch die Lösung der Frage sein, in welcher Form künftig Deutschland seine Zahlungen entrichten soll, und auch hierüber wird in Berlin beraten werden. Es war bei der ersten Reparationsrate Zahlung in Dollar verlangt worden und die Dollarankäufe, die Deutschland daraufhin vornehmen mußte, hatten ein Sinken des Kurses der französischen, englischen und italienischen Währung zur Folge, also eine Schädigung der Entente. Das soll künftig vermieden werden — in welcher Weise aber, das scheint vorläufig noch den Alliierten selbst nicht klar zu sein. Schließlich wird auch darüber verhandelt werden, ob die Ausfuhrabgabe von 26 Prozent beibehalten oder an ihre Stelle ein anderer Wertmesser gesetzt werden soll.

Wenige Tage nach der Garantiekommission sind zwei französische Sachverständige für Wiedergutmachungsfragen Lefèvre und Cheysson, in Berlin angekommen, um mit dem Wiederaufbauministerium über die Arbeiten im zerstörten Frankreich zu beraten. Diese Beratungen sollten ursprünglich am 24. Juni in Paris beginnen, und es war vorgesehen, Staatssekretär Bergmann und den neuen Reichskommissar Guggenheimer zur Führung der Verhandlungen zu entsenden. Jetzt hat der französische Schritt ihre Reise wahrscheinlich überflüssig gemacht und die Beratungen können schon einige Tage früher beginnen. Es zeigt das, mit welcher Eile man in Paris jetzt bemüht ist, die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete zu lösen. Insofern haben die Wiesbadener Besprechungen der beiden Wiederaufbauminister zweifellos einen nachhaltigen Erfolg zu verzeichnen. Denn bisher schienen zwar die Reden der französischen Staatsmänner Eile zu verraten, aber ihre Handlungen wiesen eine häufig unverständliche Ruhe und Beschaulichkeit auf. Das deutsche Wiederaufbauministerium konnte immerhin mitteilen, daß die seit Jahren Frankreich angebotenen Lieferungen nicht in Anspruch genommen würden. Und man kann von dem jetzigen schnellen Fortschreiten der Wiederaufbauarbeiten auch Rückwirkungen auf die internationale Lage erhoffen.

Aber man darf aus dieser Beschleunigung des Tempos und aus dem anscheinend geregelten und planmäßigen Verlauf der Vorverhandlungen keine allzu hoffnungsvollen Rückschlüsse ziehen. Man darf nicht vergessen, daß Minister Rathenau in seiner großen Rede im Reichswirtschaftsrat ausdrücklich erklärte, er habe von Loucheur den Eindruck gewonnen, einen Verhandlungsgegner zu haben, der nicht gewillt sei, irgend etwas von den Rechten seines Landes an Deutschlands Leistungsfähigkeit preiszugeben. Voreilig wäre es also, zu glauben, daß die „Verständigung" über die Wiedergutmachungsfrage, die sich zwischen Deutschland und Frankreich anzubahnen scheint, irgend eine Verbesserung der Vertragsbestimmungen zur Folge haben könnte. Verständigen wird man sich über die Form, in der die deutschen Leistungen stattfinden sollen — ihren Umfang wird nach wie vor allein der Wille der Pariser Staatsmänner bestimmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Arbeitermangel in der bayerischen Landwirtschaft.

Zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft hat das bayerische Sozialministerium eine Bekanntmachung an die Bezirksverwaltungs- und Gemeindebehörden, sowie an die Arbeitsämter gerichtet, die insbesondere den Gewerbe- und Industriebetrieben untersagt, aus der Landwirtschaft stammende Kräfte einzustellen und sie anweist, die vertragswidrig eingestellten Personen zum nächsten zulässigen Zeitpunkte zu entlassen. Die Landwirte werden aufgefordert, den Übertritt von aus der Landwirtschaft stammenden Personen in eine andere Beschäftigung der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen, und endlich werden die vordem in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer aufgefordert, zur landwirtschaftlichen Arbeit zurückzukehren.

Deutsche Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

In Detmold tagte der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener. Mehr als 250 Delegierte, die 250 000 Kriegsopfer aus allen deutschen Gauen vertreten, waren anwesend. Der Geschäftsführer Butterbrot behandelte sodann die Entwicklungsgeschichte der Kriegsopfer-Organisationen und die Stellung des Zentralverbandes zur Verschmelzungsfrage. Das Bekenntnis zum Deutschtum, das der Zentralverband abgelegt hat, unterscheidet ihn grundsätzlich von den Kriegsopfer-Organisationen mit internationaler Einstellung. In einer einstimmig gefaßten Entschließung billigte der Verbandstag die Stellung der Bundesleitung bei den Verschmelzungsverhandlungen.

Danzig im Völkerbundrat.

Die Freie Stadt Danzig und Polen können bei Streitigkeiten den Völkerbundrat anrufen. Die Mitglieder des Völkerbundrates und die Vertreter der beiden interessierten Parteien erkannten einstimmig die Notwendigkeit an, die Bestimmungen genauer auszuführen. Der Völkerbundrat wird später eine Berufungsfrist festsetzen. Der Rat war ferner der Ansicht, die auf 12 Jahre bemessene Amtsdauer der Danziger Senatoren zu verkürzen. Ferner soll der Volksversammlung die Möglichkeit gegeben werden, bei den Erneuerungswahlen ihre Ansicht über die vom Senat geforderte Politik auszudrücken. Der Völkerbundrat prüfte ferner das zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Freien Stadt andererseits getroffene Transitabkommen. Dieses steht nach der Auffassung des Rates nicht in Widerspruch zu den in bezug auf die Freie Stadt bestehenden Verträgen, Konventionen und sonstigen Übereinkünften.

Schweiz.

× **Mißerfolg der Portoerhöhung.** In der Schweiz hat man zu Anfang dieses Jahres alle Postgebühren um das Doppelte erhöht, aber die Verteuerung hat statt der erhofften Gewinne nur Verluste gebracht. Die Einnahmen betrugen im ersten Vierteljahr d. Js. 10 432 887 Frank, während sie sich in derselben Periode des Jahres 1920 auf 10 591 803 Frank beliefen. Besonders deutlich zeigte sich die Wirkung der hohen Preise bei den Telegrammen im April, als die Zahl der Inlandtelegramme im Vergleich zu den Zahlen im April vorher von 223 000 auf 148 000 fiel und die Telegramme nach dem Auslande von 671 000 auf 543 000. Ähnliche Resultate zeigten sich bei der Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise. Von 1849 bis 1913 hat die Schweizer Post stets mit einem beträchtlichen Gewinn gearbeitet.

Rußland.

× **Verfassunggebende Nationalversammlung?** Pariser Blätter berichten, Lenin habe in einer Rede folgende Erklärung abgegeben: Zum Wiederaufbau der russischen Industrie ist es nötig, daß wir die Hilfe der ausländischen Nationen erlangen. Aber zuvor verlangen diese Nationen die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Wir sind genötigt, diesem Verlangen zu entsprechen. Nur von uns selbst wird es abhängen, daß diese Nationalversammlung eine kommunistische Mehrheit haben wird.

Lord Curzon für das deutsche Recht.

Die oberschlesischen Fragen in Paris.

Die Besprechung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Briand und dem englischen Außenminister Lord Curzon hat, wie zu erwarten, keine Klärung gebracht. Der Engländer hatte, wie manchmal auch sein Minister Lloyd George, die besten Absichten, aber wir kennen die französische Art, solche Dinge dilatorisch zu behandeln und dann ins Gegenteil umzukehren. Wenn England nicht konsequenter handelt, als es bisher die Regel war, wird die eine Schwalbe auch diesmal keinen Sommer machen. Die Ideen, die Lord Curzon hinsichtlich Oberschlesiens äußerte, sind nach Mitteilung Pariser Blätter so verständig geworden, daß sie gar nicht besser ausfallen konnten. Indessen erfahren wir nichts Genaues darüber, was Briand geantwortet hat, abgesehen von einigen nichtssagenden Redensarten.

Lord Curzon erklärte, daß nach Ansicht der englischen Regierung das Industriegebiet von Oberschlesien unteilbar sei und angesichts der von Deutschland erhaltenen Mehrheit im Industriegebiet dessen Zuteilung an das Deutsche Reich nicht vermieden werden könnte. Lord Curzon wandte sich scharf gegen General Le Rond und gab die Anregung, daß an Stelle Le Ronds eine hohe Persönlichkeit eingesetzt werde, die außerhalb der Armee zu wählen wäre.

Indem England Harald Stuart ernannt habe, wurde Frankreich der Weg gewiesen, den es beschreiten wolle. Es wurde beschlossen, den Kommissaren in Oppeln Telegramme zu senden. Sie sollen eingeladen werden, das Problem der deutsch-polnischen Grenzlinie Oberschlesiens zu studieren und neue Vorschläge zu unterbreiten. Die neuesten Ereignisse, die in Oberschlesien stattfinden, die Ersetzung des Obersten Percival durch Harald Stuart, machten es vielleicht heute möglich, zu einer gemeinsamen Entschließung zu kommen. Wenn nach einer gewissen Zeit die Kommissare erklären, daß sie die Einstimmigkeit nicht erreichen können, wird die Sachverständigenkommission, die Briand seinerzeit vorgeschlagen hatte, ins Leben gerufen werden, und sie wird entweder nach Oppeln gehen (Vorschlag Lloyd George) oder sie wird in London oder Paris fungieren (Vorschlag Briand).

Das „Echo de Paris" erklärt aber, da es sich bei Oberschlesien um eine Frage der allgemeinen Politik handle, könne man gewiß sein, daß die Regierungschefs sie lösen müssen. Was man gestern beschlossen habe, diene nur dazu, Zeit zu gewinnen! Es wurde ferner gestern beschlossen, eine gemeinsame Aktion in Berlin und Warschau zu unternehmen, damit die von den Kommissaren in Oppeln getroffenen Entscheidungen von der Berliner und polnischen Regierung durchgeführt werden.

Das scheint uns sehr überflüssig, wenn es sich eben nicht um eine Verschleppungstaktik handelt. Es stimmt dazu ganz prächtig, daß die Pariser Presse schon heute ankündigt, die „eventuell" zu berufende Sachverständigen-Kommission werde Mitte Juli zusammentreten. Das heißt also: 4 Wochen weitere Unruhe, wo es so leicht wäre, etwas Endgültiges zu schaffen.

Korfantz wiegelt ab.

Auch Korfantz ist bestens instruiert: In einer Unterredung, die der „Times"-Korrespondent in Oppeln mit Korfantz hatte, verwies dieser zunächst auf gewisse Anzeichen, die den Glauben erwecken, daß die Deutschen „ihre unnachgiebige Haltung aufgeben wollen", und daß sie sich auf die Linie zurückziehen werden, die ihnen die Interalliierte Kommission vorschrieb. Wenn dies wirklich geschieht, dann wird Oberschlesien Ende dieses Monats von den Insurgenten vollkommen befreit sein. Korfantz hat die Absicht, seine Truppen zu entlassen und diese Aussicht wird von diesen mit Genugtuung aufgenommen. Alle Insurgenten sind ungeduldig, wieder in ihre normalen Lebensverhältnisse zurückzukehren. (Bis zum nächsten Male.)

Verschleppte Deutsche.

Aus dem Kreise Ratibor sind immer noch 80 Deutsche verschleppt. Das Schicksal der meisten ist unbekannt. 30 befinden sich in Rödershof in einem Keller, der nur als ein mittelalterliches Verließ bezeichnet werden kann. In dem Keller ist keine Sitzgelegenheit. Im Keller steht Wasser; wenn es sich hier auch nicht um ein Marterlokal handelt, wie es der berüchtigte Ewald-Schacht bei Kattowitz ist, so ist doch diese Gefangenenhaltung von Männern, deren einziges Verbrechen ist, daß sie sich zum Deutschtum bekennen, ein Hohn auf alle Begriffe von Kultur.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß der Reichstagsabgeordnete Bigs, der von den Insurgenten verschleppt worden war, auf Vorstellungen des Vertreters der Deutschen Regierung bei der J. A. K. wieder freigelassen worden ist.

Die Meldung über die Ermordung des Oberingenieurs Richard Jäger der Chorzower Stickstoffwerke wird amtlich bestätigt. Jäger wurde im Walde bei Rudzinitz erschossen und verscharrt. Der deutsche Bevollmächtigte ist beauftragt worden, Sühne zu fordern.

„Entschädigung" für Polen.

Wie die „Narodni Listy" (Prag) melden, ist in London das Gerücht verbreitet, daß über das Schicksal Oberschlesiens bereits endgültig entschieden ist. Danach sollen Deutschland alle wichtigen Grubenzent-